

Zwischen Versprechen und Realität

Ein Hilferuf aus der Kinder- und Jugendhilfe in der MA 11: Das Warten auf die im Wiener Regierungsprogramm verankerten Dienstposten sowie die Erfüllung weiterer Forderungen der Gewerkschaft geht weiter.

Zunächst war die Freude groß – und das nicht ohne Grund: Der gewerkschaftliche Einsatz für bessere Rahmenbedingungen, mehr Personal und gezielte Investitionen in die Kinder- und Jugendhilfe hat sich sichtbar im Wiener Regierungsprogramm niederschlagen. Konkret versprochen wurden unter anderem: der Ausbau ambulanter Angebote, der schrittweise wienweite Ausbau der intensiven ambulanten Krisenarbeit (IAK) sowie der Ausbau der Kinderkrisenzentren für Kinder von drei bis zehn Jahren.

Realität: Engpässe und offene Zusagen

Doch der Arbeitsalltag erzählt bislang eine andere Geschichte. Denn viele der angekündigten und bereits ausverhandelten Dienstposten, die dringend notwendig wären, sind bisher nicht geschaffen worden. So warten wir noch immer auf 60 Dienstposten (DP), die für Wohngemeinschaften und Krisenzentren zugesichert wurden – und das angesichts dessen, dass die zusätzlichen Posten für die geplanten Kleinkinderkrisenzentren (5 × 12 DP) ohnehin noch ausständig sind.



Stefan Rudolph
Vorsitzender DA 129, Wiener Kinder- und Jugendhilfe, WKJH-S, WKJH-R, FAMZ, Fachbereich Pflegekinder, SKT, IAK + zugehörige Kanzleien



Andreas Walter
Vorsitzender DA 116, Sozialpädagogische Regionen

Auch in anderen unabdingbaren Bereichen fehlt weiterhin die dringend benötigte Verstärkung:

- 12 Dienstposten in den Regionalstellen der Sozialarbeit (bereits 2020 versprochen)
- 3 Springer*innen-Posten in der Rechtsvertretung
- 4 Dienstposten im Fachbereich Adoptiv- und Pflegekinder

Gerade in einer Zeit zunehmender sozialer Herausforderungen und steigender psychischer Belastungen braucht es verlässliche Strukturen und ausreichendes Personal.

Sparpläne sorgen für Verunsicherung

Zusätzlich zu den noch ausstehenden Dienstposten sorgt die angekündigte Sparmaßnahme der zuständigen Geschäftsgruppe – unter Stadträtin Bettina Emmerling (NEOS) – für Verunsicherung. Zwar sind die Details noch offen, doch ist von Einsparungen in zweistelliger Millionenhöhe die Rede. Soll hier wirklich beim Kinderschutz eingespart werden?

Die Mitarbeiter*innen der MA 11 leisten tagtäglich Enormes. Sie arbeiten mit großem Engagement, unter oft unzumutbaren Bedingungen, für das Wohl von Kindern, Jugendlichen und Familien. Dieses Engagement verdient nicht nur Worte der Anerkennung, sondern vor allem klare politische Signale und konkrete Maßnahmen:

- Wir brauchen Planungssicherheit.
- Wir brauchen eine realistische und tragfähige Personalpolitik.
- Wir brauchen die Umsetzung bereits gemachter Zusagen – und das umgehend.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein zentrales Element einer sozialen und verantwortungsvollen Stadtpolitik, die in die Zukunft gerichtet ist. Die Mitarbeiter*innen der MA 11 stehen bereit – was sie brauchen, ist die passende Unterstützung. Für eine verlässliche, nachhaltige und zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe in Wien. ◦

stefan.rudolph@wien.gv.at
andreas.walter@wien.gv.at

